

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

14.7.1912 (No. 190)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 190

Sonntag, den 14. Juli 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Eisenbahn-
anschluss Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 1. Juli 1912 gnädigst geruht, dem Privatdozenten Dr. Ernst Mangold in der medizinischen Fakultät der Universität Freiburg den Titel außerordentlicher Professor zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 6. Juli 1912 gnädigst geruht, den Ober-eisenbahnsekretär Philipp Scheerer in Pforzheim zum Oberstationskontrollleur zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 1. Juli 1912 gnädigst geruht, den Rechnungsrat Karl Stecher bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen auf sein untertänigstes Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen hat unterm 3. Juni 1912 den Justizaktuar Anton Andres beim Notariat Lahr und den Justizaktuar Franz Haber Jörger beim Notariat Offenburg zu Justizsekretären ernannt.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 7. März 1912 wurde Eisenbahnsekretär Friedrich Bender in Biberach-Zell nach Lahr-Stadt versetzt.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 18. März 1912 wurde Eisenbahnsekretär Wilhelm Wank in Appenweier nach Schaffhausen versetzt.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 20. Mai 1912 wurde Eisenbahnsekretär Emil Fähr in Waldshut nach Offenburg versetzt.

Mit Entschliessung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 19. Juni 1912 wurde Eisenbahnsekretär Adolf Weiss in Krozingen nach Hornberg versetzt.

Geftorben:

Am 3. Juli d. J.: Meuz, Adolf, Professor an der Oberrealschule in Mannheim.

Die Bormahme einer Kollekte zugunsten des Vereins zur Rettung sittlich verwahter Kinder im Jahre 1912 betr.

Dem Verein zur Rettung sittlich verwahter Kinder im Großherzogtum Baden wurde die Erlaubnis erteilt, auch in diesem Jahre für die Vereinszwecke eine Sammlung von Haus zu Haus im Großherzogtum zu veranstalten, die sich jedoch auf diejenigen Gemeinden nicht erstrecken wird, welche dem Verein einen Aversalbeitrag zu entrichten wünschen.

Karlsruhe, den 8. Juli 1912.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Glo dner.

Jung.

Das ärztliche Ehrengericht in Karlsruhe betr.

Gemäß § 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906, die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals betr. (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 491), wird nach Anhörung der Ärztekammer an Stelle des auf sein Ansuchen von dem Amt als rechtskundiges Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts Karlsruhe entbundenen Geheimen Regierungsrat Dr. Groos der Großh. Amtsvorstand Oberamtmann Dr. Seidenadel in Karlsruhe zum rechtskundigen Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts Karlsruhe ernannt.

Karlsruhe, den 10. Juli 1912.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Glo dner.

Walli.

Nicht-Amtlicher Teil.

* Politische Wochenrückblicke.

Am Dienstag, den 9. Juli, feierte Großherzog Friedrich II. in aller Stille seinen 55. Geburtstag. Im badischen Lande fand dieser Tag ein besonders herzliches Echo. Die Presse aller bürgerlichen Parteien feierte den Fürsten in von ehrfurchtsvoller Liebe getragenen selbstständigen Artikeln als pflichttreuen und selbstlosen Regenten und verehrungswürdigen Menschen. So schrieb der „Badische Beobachter“, das führende Zentrumorgan u. a.: „Das badische Volk weiß, daß an seiner Spitze ein Fürst steht, welcher der erste Diener des Staates sein will, und dem das Wohl von Land und Volk tägliche Pflichtsache ist. Wir glauben nicht, daß irgend ein ernst zu nehmender Mann in Baden dem zu widersprechen wagen würde, vielmehr behaupten wir, daß das nirgends bestritten wird. Darin liegt aber auch eine Verpflichtung für uns alle. Und diese Verpflichtung heißt kurz: Treue um Treue! Das Volk muß dem Fürsten dieselbe Gefinnung entgegenbringen, wie er sie ihm entgegenbringt. Das ist von vornherein eine Verpflichtung für jeden, der dem badischen Volk angehört. Die Erfüllung dieser Verpflichtung wird aber dadurch leicht gemacht, daß wir das Beispiel der Treue und des strengsten Pflichtbewusstseins in unserem Fürsten selbst haben.“ Die „Badische Landeszeitung“, das nationalliberale Hauptorgan, schrieb: „In den wenigen Jahren seiner Regierung ist es Friedrich II. persönlich im reichsten Maße gelungen, die Liebe und die Verehrung seines Volkes zu erringen. Gleich seinem Vater sieht auch er das vornehmste Ziel seiner Regierung in dem gegenseitigen Vertrauen, in der gemeinsamen Arbeit, in der völligen Übereinstimmung von Fürst und Volk. Und das badische Volk hat wohl erkannt, welcher rechten und gerechten Weg Friedrich II. zu wandeln gewillt ist. Dafür ist es ihm von ganzem Herzen dankbar. Und dieser ehrliche, warme Dank wird sich kundtun in den vielen Glück- und Segenswünschen, die das badische Volk emporschiebt zum Thron seines Landesherren.“ Das „Heidelberger Tageblatt“, ein unabhängiges liberales Organ, betonte u. a.: „In Leid und Freud sind Badens Fürstentum und Volk eng miteinander verbunden. Es gibt nur gemeinsame Freude und gemeinsame Trauer. Jedes Jahr bringt neue Beweise für dieses herzliche Verhältnis. Kein Tag aber ist so sehr wie der Geburtstag unseres Großherzogs dazu geeignet, vor aller Welt die gegenseitige Liebe zu bekunden. In einfachen Worten, wie es dem schlichten Wesen der badischen Bevölkerung geziemt, legt sie ihre Glückwünsche am Thron des Jahrbüchlers nieder. Möge Friedrich II. eine lange und segensreiche Regierungszeit beschließen sein!“ Und der „Badische Landesbote“, das führende fortschrittliche Organ, führte u. a. aus: „Je mehr die eigentlich „große Politik“ in das Zentrum, nach Berlin, verlegt wird, desto mehr erwächst allen staatlichen Faktoren in den deutschen Einzelstaaten die Pflicht, in erster Reihe ein Hüter des inneren, des geistigen Lebens des Volkes zu sein. Und gerade hier wartet auch der Fürst noch eine schöne, eine große, eine dankbare Aufgabe! Glücklicherweise das Volk, das an seiner Spitze einen solchen Fürsten weiß! Glücklicherweise das badische Volk, das in seinem Großherzog Friedrich II. einen warmherzigen Förderer aller seiner geistigen und kulturellen Aufgaben und Bedürfnisse verehrt! Was ist da natürlicher, als daß sich das gesamte Volk, trotz aller schweren politischen, sozialen und konfessionellen Zerklüftung eins weiß in dem Gefühl des Dankes und der herzlichsten Wünsche für seinen Fürsten, der morgen, den 9. Juli, in ein neues Lebensjahr tritt. Möchte es Großherzog Friedrich II. vergönnt sein, seinem Volke auch in Zukunft der verständnisvolle Förderer seiner besten geistigen Anlagen und Aufgaben zu sein und zu bleiben!“

In der Marokkofrage ist der Friede zwischen der deutschen Regierung und einem Teile des deutschen Volkes noch nicht geschlossen worden. Die Alldeutschen Blätter vom 6. Juli bringen nun einen an den Jahrestag der Entsendung des „Panthers“ anknüpfenden Leitartikel von „besonderer Seite“, der noch nicht den Frieden bringt,

(Mit einer Landtagsbeilage.)

ihn sogar ausdrücklich ablehnt, aber doch wenigstens die Friedensmöglichkeit in Erwägung zieht und den Ton etwas dämpft. Als neue Tatsache würdigt der Verfasser die Negatkarde, die der deutsche Kaiser am 18. Juni d. J. auf der Unterelbe gehalten hat. Der Kaiser selbst, so wird da gesagt, hat sich inzwischen zu den Verteidigern der Marokkopolitik des Jahres 1911 gestellt. War das wirklich etwas Neues? Doch nur für den, der die schon vor einem Jahre erfolgten halbamtlichen Zurückweisungen der Behauptung, daß zwischen dem Kaiser und den beamteten Leitern der deutschen auswärtigen Politik Meinungsverschiedenheiten beständen, nicht geglaubt hat. Neu war die Tatsache nur für den, der auch an die Erklärung nicht geglaubt hatte, die der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 9. November im Reichstag abgab. Diese feierliche Erklärung lautete:

„Seine Majestät der Kaiser — ich muß von dieser Stelle aus gegenüber irreführenden Darstellungen der in- und ausländischen Presse das feststellen — Seine Majestät hat die strikte Durchführung des bereits im Mai dieses Jahres festgelegten Programms in allen Phasen der Verhandlung gefordert.“

Diejenigen Politiker, die solchen Erklärungen nicht trauten, meinten, mit der Gabe der Kritik versehen zu sein, sie waren aber tatsächlich recht unkritisch. Wer da glaubt, daß im Zusammenarbeiten von Kaiser und Kanzler in einer Frage, die zugestandenemmaßen zu einer Schicksalsfrage werden konnte — wie jede politische Aktion einer Großmacht — trügerische Aussagen, Unloyalität und Untreue des einen gegen den anderen Platz haben, der hat falsche Vorstellungen vom politischen Zusammenarbeiten im Allgemeinen und von den beteiligten Personen im besonderen. Wer die beiden Reichstagsitzungen vom 9. und 10. November, die eine mit den scharfen Angriffen mehrerer Abgeordneter, die andere mit der entschiedenen Abwehr des Reichskanzlers, und dazwischen den Besuch des Kanzlers beim Kaiser in Potsdam auch nur als Zeitungsleser miterlebt hat, mußte wissen und empfinden, daß Kaiser und Kanzler eins waren. Jhm konnte also nicht, wie dem Verfasser des Aufsatzes in den Alldeutschen Blättern die Rede des Kaisers von Brunsbüttelkoog nach der angebotenen Richtung etwas Neues bringen. Ganz gleich, ob der Kaiser aus dem Eigensten zu dem „Mairprogramm“ gekommen war oder ob er durch seine berufenen Ratgeber von dessen Richtigkeit erst überzeugt wurde: ein Zweifel an der gegenseitigen Treuepflicht der Männer, die in dieser Sache zu einem gemeinsamen Handeln gelangt waren, konnte nicht gehegt werden. Dennoch zu zweifeln, hieß, dem Kaiser ein geringeres Maß von Hochherzigkeit zuschreiben, als wir Alle, von uns verlangen, wenn wir in unserem Pflichtbereich Anderen eine Richtlinie geben oder einen von außen kommenden Rat befolgen, in vollem Bewußtsein, daß dadurch die eigene Verantwortung und die Pflicht zum Einstehen für den Entschluß, der doch eben unser Entschluß bleibt, nicht verringert wird. Es wäre durchaus abwegig, im politischen Leben erst dann eine Übereinstimmung der berufenen Faktoren annehmen zu wollen, wenn sie vom Monarchen in Form einer öffentlichen persönlichen Kundgebung bestätigt wird. Immerhin ist es erfreulich, wenn alldeutsche Kritiker durch ihre Abhängigkeit an den Kaiser veranlaßt werden, nach einer solchen Kundgebung ihre Stimme etwas zu dämpfen. Freilich bleibt das Endurteil des alldeutschen Aufsatzverfassers über die deutsche Marokkopolitik äußerst abfällig. Der Vergleich mit Olmütz wird von neuem gezogen und es wird an die Bornesausbrüche von preussischen Patrioten aus dem November 1850 gemahnt. „Lebet nach“, so ruft der Alldeutsche, „was der Bornehmste von ihnen damals gesagt und geschrieben hat, Wilhelm, Prinz von Preußen, des Königs Bruder und darnach des Reiches Gründer... Die damals schalten und weinten, waren die Aufbauenden des Jahrzehntes darauf!“ Es ist echter vaterländischer Zorn in diesen Worten und es wäre nicht wohlgetan, diese Gefinnung, die wir in Deutschland so notwendig brauchen, zu verkleinern. Nur der Neigung zur Anflammerung an eine Einzelheit und zur Dogmenbildung soll entgegengetreten werden. Fürst Bismarck, der doch etwas von äußerer Politik verstand, drückt sich weit skeptischer aus. Kein anderer als er hat die zuwartende Haltung Preußens in O-

müßig gerechtfertigt und für eine hinhaltende Politik gesprochen (Rede vom 3. Dezember 1850). Seine Absicht war, gemäß der ihm kundgegebenen sachmännischen Überzeugung des preussischen Kriegsministers v. Stochausen für den Ausschub des Krieges zu wirken, bis Preußen zum Kriege gerüstet wäre. In seinen Gedanken und Erinnerungen sagt Bismarck aber noch etwas weiteres. Er erklärt, er habe Grund zu glauben, daß auch König Wilhelm I. zu der Zeit, da er, Bismarck, sein Minister wurde, also 12 Jahre später, die gleiche Auffassung über die militärische Lage im November 1850 hatte. Bismarck war endlich der Ansicht, daß der Krieg, wenn er damals überhaupt geboten oder annehmbar erschien, auch nach Olmütz in den Dresdener Verhandlungen jederzeit gefunden werden konnte. Soweit also Bismarck einen entscheidenden Fehler als begangen erachtete, war er geneigt, ihn erst in der späteren Unterlassung zu sehen. Die Politik geht eben weiter und das Leicht zur Latenlosigkeit und Unaufmerksamkeit führende Hinstrahlen auf eine verpackte Gelegenheit kann verhängnisvoll werden. Die Rückwendung auf die Gegenwart ergibt sich von selbst.

Die Zweite Kammer des badischen Landtags nahm in der Sitzung vom Samstag der vorvergangenen Woche den Gesetzentwurf betreffend die Änderung des Gesetzes über den Staatsvoranschlag, nach welchem die Auszahlung der Beamtengehalte künftighin pränumerando am 1. des Monats erfolgen soll, einstimmig an. Es folgte sodann die Beratung über den II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1912 und 1913. Namens der Budgetkommission beantragte Abg. Newirth (nat.) bei Hauptabteilung I Staatsministerium, bei Hauptabteilung II Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen Titel I Ministerium und Ausgabebetitel VII, VIII, IX Justizverwaltung, Genehmigung. Der Antrag wurde angenommen. Bei Hauptabteilung III, Ministerium des Kultus und Unterrichts, kam es zu lebhaften Debatten, die schließlich zur Streichung einer von der Regierung geforderten Position von 1500 Mark führten. Diese Position wurde angefordert als ein Staatsbeitrag für die Turnlehrerbildungsanstalt, und zwar soll der Betrag zur Abhaltung von Spiel- und Turnkursen der Vorturner und Turnwarte badischer Turnvereine Verwendung finden. Es handelt sich um eine erstmalige Anforderung für diesen Zweck, der auch von der Kommission als ein außerordentlich wichtiger anerkannt wurde. Doch fand die Position dort eine Aufhebung seitens der Sozialdemokratie. Es wurde von ihr behauptet, sie sei an und für sich für diesen Titel, aber sie könnte diese Mittel nicht bewilligen, weil eine Entschließung des Unterrichtsministeriums ergangen sei, daß die Vorturner sozialdemokratischer Vereine von diesem Ausbildungsunterricht ausgeschlossen sein sollen. Der Vertreter der Regierung erklärte darauf, daß dies allerdings der Fall sei, weil die Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß sie parteipolitischen Vereinen derartige Zuwendungen nicht machen wolle. Sie beschloß sodann mit Mehrheit bei der Zweiten Kammer die Streichung des Postens zu beantragen. In der Sitzung vom Samstag ergriff der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Böhm das Wort, um den Standpunkt der Regierung darzulegen. Er betonte u. a.:

Die Anforderung von 1500 M. ist in das Budget eingestellt worden, nachdem der X. Turnerkreis der Deutschen Turnerschaft im Jahre 1910 unter Hinweis auf ähnliche Vergünstigungen, die die Deutsche Turnerschaft in Preußen und Hessen genießt, darum gebeten hatte, an der Turnlehrerbildungsanstalt Kurse zur Ausbildung seiner Vorturner und Turnwarte einzureichen. Die Regierung hat diesem Antrag gewillfahrt; es fanden im Frühjahr und im Herbst des Jahres 1911 je ein Turn- und ein Spielfurs für Turnwarte und Vorturner statt, die sehr stark besucht waren und einen sehr erfolgreichen Verlauf genommen haben. Die Kurse konnten allerdings nicht so ausgestattet werden, wie es die Regierung gewünscht hätte, weil keine besonderen Mittel zur Verfügung standen. Sie hat deshalb in dieses Budget 1500 M. eingestellt, die dazu bestimmt sein sollen, einmal die Kursleiter und das Personal zu honorieren; zweitens aber auch den Vorturnern und Turnwarten, die an diesen Kursen teilnehmen, die Reisekosten zu ersetzen. Nun hat die Arbeiterturnerschaft eine Eingabe an das Ministerium gerichtet und ersucht, daß auch ihre Vorturner und Turnwarte an diesen Kursen teilnehmen dürfen. Das Ministerium hat diesem Ersuchen nicht stattgegeben, aus dem Grunde, weil die Turnkurse lediglich für den von jeder Politik freien Verband der Deutschen Turnerschaft, nicht aber für politische Vereine eingerichtet hat. Das heißt also, daß keinem politischen Turnverein, mag er auf der linken oder auf der rechten Seite stehen, die Möglichkeit zur Ausbildung seiner Vorturner zu geben ist. Die Einrichtung ist vielmehr ausschließlich für den X. Turnerkreis der Deutschen Turnerschaft getroffen worden, einem Kreis, der 839 Verbände mit im ganzen gegen 86 000 Turnern umfaßt. Davon entfallen auf Baden rund 480 Vereine mit 50 000 Turnern. Nun sind aber die Arbeiterturnvereine zweifellos sozialdemokratische Vereine. Bis jetzt hat die Sozialdemokratie die Arbeiterturnvereine auch niemals von sich abgelehnt. In der jüngst erschienenen Broschüre von Weismann steht z. B. auf Seite 52, daß eine Reihe von Sozialdemokraten neben der sozialdemokratischen Tagespresse auch andere sozialdemokratische Zeitungen: die „Gewerk-

schaftsblätter“, die „Arbeiterturnzeitung“ usw. lese. Und weiter ist auf der letzten Seite der Weismannschen Schrift zu lesen: „Die sozialdemokratischen Organisationen befinden sich in voller Blüte, sie bilden bereits einen Staat im Staate.“ Demgegenüber kann der Regierung nicht zugemutet werden, daß sie zur weiteren Ausbildung dieses gefährlichen Staates im Staate mit staatlichen Mitteln beitrage. Die Turnerschaft steht dagegen auf nationalem Boden. Sie hat sich nach § 2 ihrer Satzung neben der Förderung des Turnens zwar die Pflege deutschen Volkstums und vaterländischer Gesinnung als Zweck gesetzt. Wenn aber in der Debatte behauptet wurde, das sei ein politisches Programm, so ist das unbegreiflich, da es für jeden deutschen Verein selbstverständlich ist, daß er die Pflege vaterländischer Gesinnung sich angelegen sein läßt, und wenn deshalb, weil diese vaterländische Gesinnung von Seiten der Sozialdemokraten nicht gepflegt werden will, Austritte aus der deutschen Turnerschaft erfolgt sind, so kann darin ein Grund für die staatliche Förderung der Ausgetretenen nicht erblickt werden. Hier handelt es sich nicht, wie der Abg. Dr. Frank gemeint hat, um die Rechte der einzelnen sozialdemokratischen Staatsbürger. Daß nach der Verfassung die Sozialdemokraten mit allen anderen Staatsbürgern gleich zu behandeln sind, ist selbstverständlich. Aber es liegt nicht im Geiste der Verfassung, daß sozialdemokratische Organisationen, die direkt gegen die jetzige staatliche Organisation gerichtet sind, staatlich gefördert werden. Die Arbeiterturnvereine sind eine sozialdemokratische Organisation. Der Abg. Rebmann hatte in der Debatte gemeint, die Regierung würde sich in zwei Jahren über diesen Punkt anders besinnen. Darauf erwiderte der Minister, „es gebe für ihn klare Richtlinien, von denen er niemals abweichen werde, und solange er die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, werde in diesem Punkte in seinem Geschäftskreise nichts geändert werden.“ Es war weiter in der Debatte darauf hingewiesen worden, daß die Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete mit den freien Gewerkschaften verhandle. Das ist aber eine ganz andere Sache. Da handelt es sich um soziale und wirtschaftliche Fragen, bei denen die großen politischen und wirtschaftlichen Organisationen gar nicht ausgeschlossen werden können. Das Turnen ist aber eine unpolitische Kunst und sollte mit der Politik nicht vermischt werden.

Der Abg. Dr. Frank hatte in der Debatte den Minister gerügt, er möchte sich doch besinnen, warum man ihn nun von Zentrumsseite wegen seiner Haltung in dieser Sache lobte, ihn, der früher Wert darauf gelegt habe, für liberal zu gelten. Darauf erklärte Minister Dr. Böhm — diese Stelle ist in den Zeitungsberichten vielfach falsch wiedergegeben worden — folgendes: „Ich habe nicht nur Wert darauf gelegt, ich will auch liberal sein. Ich habe Ihnen in meiner ersten Rede als Minister gesagt, daß ich aus meiner nationalliberalen Gesinnung kein Geßl mache, ich möchte aber den Tag nicht erleben, an dem diese Gesinnung mich hindern sollte, die Sozialdemokratie und ihre Organisationen zu bekämpfen, wenn ich es im Staatsinteresse für notwendig halte.“

Zur Förderung der Jugendpflege wurden in demselben Nachtragsset 15 000 M. von der Regierung vorlangt. Die Kommission brachte hierzu folgenden Antrag ein: „Die Zweite Kammer wolle ihre Willensmeinung dahin aussprechen, daß der Betrag von 15 000 M. für Jugendpflege dafür verwendet werde, daß aus ihm sachliche und persönliche Aufwendungen bestritten werden, die der körperlichen und geistigen Ausbildung der Jugend dienen.“ Der Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Böhm ergriff in der Debatte auch zu dieser Angelegenheit das Wort, um u. a. den besonderen Zweck der Forderung nochmals zu unterstreichen. Er führte aus:

Auf Bemerkungen der Abgg. Kolb und Rebmann, daß durch die Stellungnahme des Ministers die Gegenstände im Volke verhärtet werden, erwiderte dieser: „Das würde ich sehr bedauern; aber wenn diese Gegenstände auch verhärtet werden, so kann es mich der Pflicht nicht überheben, meinen Standpunkt den Ansprüchen der Sozialdemokratie gegenüber klar und deutlich darzulegen. Ich bin das nicht nur Ihnen schuldig, sondern auch dem Teil des Volkes, der auf nationalem Boden steht und ein Schwanken der Regierung in solchen Fragen nicht verstehen würde. Wenn schließlich der Abg. Kolb gemeint hat, die Minister fielen immer wieder um, so bald von oben ein Druck auf sie ausgeübt werde, so möchte ich diesem beleidigenden Vorwurfe gegenüber nur sagen: Seitenszutage gehört im politischen Leben auch für den Minister mehr Mut dazu, nach unten mutig und fest zu sein als nach oben! — Die Position wurde trotz der Erklärung des Ministers mit der Mehrheit der Sozialdemokraten, Fortschrittler und Nationalliberalen gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen gestrichen.“

Wenn der Abg. Dr. Frank bemerkte, daß die sozialdemokratische Jugendpflege manches Gute gebracht hat dadurch, daß sie in diesen Kreisen den Kampf gegen den Alkoholmißbrauch, gegen die Schundliteratur und gegen sonstige Schädigungen der Jugend aufgenommen hat, so ist das nicht in Abrede zu stellen. Aber es war und ist ein grundsätzlicher Fehler, wenn man die Jugend, die ein eigenes Urteil noch nicht hat, wenn man 14-, 15- und 16-jährige junge Leute mit Politik nährt und, wie das die Sozialdemokratie tut, aus den Jugendorganisationen reine parteipolitische Organisationen macht. In dieser Beziehung muß man natürlich ein scharfer Gegner der sozialdemokratischen Jugendorganisationen sein. Was die Verwendung der angeforderten Gelder anbelangt, so ist es selbstverständlich der Regierung nicht möglich, von sich

aus Organisationen zu schaffen, um die Jugendpflege selbst in die Hand zu nehmen. Das wäre ganz verkehrt. Ebenso verkehrt wäre der Gedanke, staatliche Jugendpfleger als Berufsbeamte heranzuziehen. Wenn wir auf diesem Gebiete überhaupt weiterkommen wollen, so können wir es nur dadurch, daß selbstlose Männer eintreten, die die Fähigkeit und die Begeisterung in sich haben, die Jugend zu allem guten heranzuziehen und sie in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung gesund zu machen. Gewiß gehören dazu Erfahrungen und es gibt gewisse Dinge, die auch gelernt werden müssen. Insofern wird zeitlos die Organisation der Jugendpflege sich auch mit der Erziehung der Jugendpfleger, nicht zu einem Beruf, sondern lediglich zu einer freiwillig geübten Tätigkeit beschäftigen müssen. Das Ministerium beabsichtigt nun, die 15 000 M. zu verwenden auf Vorschlag des zu Beginn dieses Jahres gegründeten Jungdeutschlandbundes. Der Jungdeutschlandbund Baden ist eine durchaus unpolitische Verbindung, die auf interkonfessionellem Boden steht und die garnichts weiter will, als die Pflege der Jugend in körperlicher, sittlicher und geistiger Beziehung. Die Mittel sollen in der Weise verwendet werden, daß auf den Vorschlag des Jungdeutschlandbundes für gewisse sachliche und persönliche Ausgaben jeweils im Einzelfalle die Mittel bewilligt werden, also etwa so, daß z. B. der Jungdeutschlandbund vorschlägt, für die Jugendführer und die Teilnehmer an den Wanderungen und Turnspielen Gastpflicht- u. Unfallversicherungen zu nehmen. Oder so, daß dort, wo Turn- und Sportplätze nicht zur Verfügung stehen oder wo Geräte und andere Dinge fehlen, mit dem Geld helfend eingesprungen wird. Es ist selbstverständlich, daß nicht die in dem Jungdeutschlandbund vereinigten Vereine an sich unterstützt werden sollen. Denn dann würden wir ja etwas tun, was die bestehenden Vereine entlastet, und wir wollen doch etwas neues. Der Resolution, die gefaßt werden soll, braucht nicht entgegengetreten zu werden; denn an sich spricht diese Resolution nur das aus, was der Minister eben ausgeführt hat; er wolle mit den 15 000 M. lediglich sachliche und persönliche Kosten decken, die zur körperlichen, geistigen und sittlichen Ausbildung der Jugend bestimmt sind. — In der weiteren Debatte betonte dann Abg. Rebmann, die Meinung der Resolution sei die, daß der Minister sich nicht ausschließlich an die Vorschläge dieser Organisation halten soll, sondern daß er auch über diese Organisation hinaus und neben dieser Organisation andere berücksichtigen, die mit Wünschen an ihn herantreten. Darauf entgegnete der Minister: Wenn die Resolution den Sinn haben soll, daß die Regierung über den Jungdeutschlandbund hinaus auch sonstige Zwecke sachlicher und persönlicher Art im Interesse der Jugendpflege fördern können, so ist es selbstverständlich, daß die Regierung dagegen keinen Einspruch erhebt. Aber um volle Klarheit zu schaffen, muß nochmals betont werden, daß die Organisationen politischer Art auszuschließen sind. Wir müssen die Jugendpflege auf einen vollständig unpolitischen Boden stellen. Aber wenn deshalb auch unbedingt die sozialdemokratischen Jugendorganisationen wie alle politischen Jugendorganisationen von dem Gehalt der 15 000 Mark auszuschließen sind, so öffnet die Regierung weit die Arme, um die ganze schulentlassene Jugend von allen Parteien und insbesondere auch die sozialdemokratische Jugend an der staatlich geförderten Jugendpflege teilnehmen zu lassen. Niemand soll von dieser Förderung ausgeschlossen sein, aber die Förderung selbst muß sich auf vollständig unpolitischem Boden bewegen. — Auf eine Anfrage des Abg. Rebmann, ob die Regierung vielleicht bereit ist, Gemeinden zum Zwecke der Förderung der Jugendpflege, für ganz bestimmte Zwecke, wie z. B. die Errichtung von Jugendheimen oder Leichenhäusern aus diesen 15 000 M. Zuschüsse zu geben, antwortete Minister Dr. Böhm: An sich ist gegen eine derartige Verwendung der Gelder, die zweifellos auch im Sinne der Anforderung liegt, nichts einzuwenden. Allein es ist darauf aufmerksam zu machen, daß der Betrag von 15 000 M. für ein derartig großes Gebiet sehr bescheiden ist. Wir müssen mit diesem Geld dasjenige zu erreichen suchen, was sich zunächst erreichen läßt. Deshalb soll in erster Linie der Jungdeutschlandbund Baden, an dessen Aufblühen der Minister ein herzliches und tiefes Interesse nimmt, gefördert werden. Es ist nicht richtig, die Mittel so zu zerplittern, daß weder aus dem neugeschaffenen Verband etwas Rechtes werden kann noch auch sonst vieles geleistet wird. — Die Position von 15 000 M. wurde einstimmig bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten angenommen. Der Sprecher der Sozialdemokratie hatte erklärt, daß seine Fraktion sich der Abstimmung enthalte, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie sachlich vollkommen die Zwecke billigt, für die das Geld verwendet werden soll, daß sie aber zurzeit nicht das Vertrauen zu dem Herren Minister habe, daß er in jeder Richtung Unparteilichkeit walten lassen wird.

Ferner wurden am Samstag die Nachtragsforderungen zur Hauptabteilung IV.: Ministerium des Innern, genehmigt.

Am Mittwoch wurden die Nachtragsforderungen zur Hauptabteilung V Ministerium der Finanzen angenommen. Der Finanzminister Dr. Rheinboldt erklärte in der Beratung auf eine Anfrage, daß es nicht möglich sei, auch an die nichtetatmäßigen Beamten das Gehalt im voraus zu bezahlen. Dann nahm das Haus Stellung zur Denkschrift über die Erschließung von Kalksalzlagern im Großherzogtum Baden. Mit Ausnahme

Der Sozialdemokrat, der sich auf den Boden des ausschließlichen Staatsbetriebs stellen, erklärten sich alle Parteien damit einverstanden, daß die Regierung eine weitere Konzession für Bohrversuche im nördlichen Baden und bei Basel erteilt. Der Finanzminister bemerkte zu dieser Sache, um ein Mißverständnis zu beseitigen, daß in der zweiten Konzession, bezüglich deren die Regierung mit einem Interessenten z. B. in Unterhandlung stehe, auch ein kleines Gebiet im Oberland enthalten sein soll, in der Nähe von Basel. Dieses Gebiet ist aber vollständig getrennt von dem Gebiet, in dem Dr. Elsbacher geböhrt hat, und von dem die Regierung sich selbst noch einen großen Teil für ein eventuelles Staatswerk vorbehalten hat. — Die Zweite Kammer beriet ferner am Mittwoch über die Denkschrift, die künftige bauliche Entwicklung der badischen Hochschulen betreffend. Es handelt sich dabei hauptsächlich um ein Bauprogramm, das den Bau neuer Kliniken in Seidelberg und Freiburg, sowie um die Erbauung einer Ingenieurschule zu Karlsruhe im Anschluß an die Technische Hochschule. Die Universitätsstädte sollen nach Recht und Billigkeit zu den Bau- und Betriebskosten der akademischen Krankenhäuser herangezogen werden. Die Kommission empfahl, sich mit der Denkschrift einverstanden zu erklären. Doch ging noch während der Sitzung ein Antrag ein, unterzeichnet von den Herren Bagg, Dr. Franke, Dr. Bogel-Rastatt, König und Dr. Behner, welcher lautet: „Die Zweite Kammer wolle die Denkschrift über die künftige bauliche Entwicklung der badischen Hochschulen zur Kenntnis nehmen.“ Im allgemeinen wurden die in der Denkschrift mitgeteilten Richtlinien gebilligt; allerdings wurde betont, daß sich weder die Regierung noch die Landstände für die Zukunft heute schon binden können. In diesem Sinne nahm das Haus die Denkschrift, den Antrag Dr. Franke und Gen. an. Damit war der Antrag der Budgetkommission abgelehnt.

(Schluß der Politischen Wochenrückblicke im 2. Blatt.)

Deutsch-englische Verständigung.

III.

Nachstehend bringen wir den in der Julinummer der Zeitschrift „Nord und Süd“ veröffentlichten Artikel des Direktors der Deutschen Bank und preussischen Herrenhausmitgliedes Artur von Gwinner zum Abdruck. Er ist in der Form eines „offenen Briefes“ an den Herausgeber der Zeitschrift gehalten und lautet:

„In Erfüllung Ihrer Bitte sende ich Ihnen einige Gedanken über die deutsch-englischen Beziehungen.“

Die letzten Ausweise der Statistik des Deutschen Reiches ergeben, daß Deutschlands Ausfuhr nach dem gesamten britischen Reich (Großbritannien und Irland, Kolonien und Dominions) im Jahre 1910 betragen hat: rund 1393 Millionen Mark. Dagegen hat Deutschland im gleichen Jahre aus dem gesamten britischen Reich (in beiden Fällen ohne Einrechnung der Edelmetalle) Güter im Werte von 1733 Millionen eingeführt. Es gibt kein Land der Erde, mit dem wir so lebhaft und wichtige Handelsbeziehungen unterhalten, wie das britische Reich. Aus der Tatsache, daß wir 340 Millionen Mark mehr von dem britischen Reich gekauft als ihm verkauft haben (im Jahre vorher waren es sogar 644 Millionen Mark), darf keineswegs gefolgert werden, daß Deutschlands Handelsbeziehungen zu dem britischen Reich für Deutschland nachteilig wären; was wir von den Engländern kaufen, brauchen wir, und was sie von uns kaufen, können sie zweifellos anderwärts besser und billiger nicht bekommen. Bei jedem vernünftigen Handelsgeschäft müssen beide Teile ihren Vorteil finden; wenn Handelsbeziehungen so bedeutende und dauernde wie die zwischen dem britischen und dem deutschen Reich sind, darf ohne weiteres angenommen werden, daß diese Beziehungen vernünftige, für beide Teile erwünschte und vorteilhafte sind.

Wie kommt es nun, daß zwei große, stammverwandte Völker, die zu ihrem wirtschaftlichen Gedeihen gegenseitig darauf angewiesen sind, freundliche Beziehungen zu pflegen, in einem Gegenfah geraten konnten, wie er von allen Wohlmeinenden beider Nationen mit Enttäuschung und Schmerz wahrgenommen wird? In beiden Ländern gibt es der Zahl nach unbedeutende, aber ihrer Einwirkung auf die öffentliche Meinung nach einflussreiche Gruppe von Männern, die aus den verschiedensten Beweggründen diesen Gegenfah verschuldet haben. Die mißverständliche, übel angewendete Vaterlandsliebe, die nach einem Franzosen und mit französischem Wort Chauvinismus heißt, die Sucht nach Sensation, nicht zum wenigsten auch Eigennutz und Sonderinteressen haben vereint beigetragen, Parteien oder vielmehr Gruppen zu bilden, deren lärmendes Geschrei die ruhige Stimme der großen Mehrheit beider Völker übertönen und die Volkstimmung irreführen und vergiften konnte.

Ein Krieg zwischen Großbritannien und dem deutschen Reich, der den größten Teil der Völker Europas auf die Schlachtfelder führen müßte, wäre das größte Unglück, das die gesamte Menschheit treffen könnte. Denn kein Land und kein Volk, das in der Kultur der Menschheit mitspricht, würde ungeschädigt bleiben, wenn, um die mir am nächsten liegende Beziehung als Beispiel anzunehmen, gleichzeitig die Kapitalmärkte von London, Berlin und Paris geschlossen wären.

Soll hier Abhilfe geschaffen werden, wie es die überwältigende Mehrheit in Deutschland wie in England wünscht, so lohnt es sich schon der Mühe, daß jeder seine Stimme erhebe, um den gegenseitigen Argwohn zu zer-

brechen und der Völlerei zu klarem Erkennen sowohl des eigenen Interesses, wie auch der Berechtigung des gegnerischen Standpunktes zu verhelfen. Der englischen öffentlichen Meinung ist eingeredet worden, Deutschlands Flottenbauten seien nur durch die Absicht eines Angriffes auf England zu erklären. Daß die Vorherrschaft zur See für Großbritannien Lebensfrage ist, wird in Deutschland so gut verstanden und gewürdigt wie in England. Sollte die öffentliche Meinung jenseits des Kanals nicht ebenso sich überzeugen können, daß der Besitz einer starken Flotte nicht ganz so absolut aber doch in weitgehendem Maße, auch für Deutschland Lebensfrage geworden ist? Solange das deutsche Reich ein Agrarstaat war, konnte es der Flotte entbehren; seit es auch Industrie- und Handelsstaat geworden ist, bedarf es derselben ebenso wie das britische Reich zum Schutze seines Welthandels. Wir erzeugen im eigenen Lande auch in guten Jahren Brot nur für sechs Tage der Woche. Selbst wenn wir darauf verzichten könnten, Kaffee, Tee, Petroleum, Seide, Baumwolle usw. zu verbrauchen, müssen wir für den siebensten Teil der deutschen Bevölkerung, also für über neun Millionen Menschen Getreide und andere unentbehrliche Lebensmittel einführen. Diese Lebensmittel kann das deutsche Reich aber nur bezahlen durch seine Industrieerzeugnisse. Würde Deutschlands Flotte und sein Welthandel vernichtet, wie gewisse Seehäbner es oft genug in englischen Zeitschriften und Flugblättern verlangt haben, dann allerdings würde gewaltig der Fall herbeigeführt, den diese selben Leute als drohende Gefahr bezeichnen: Deutschland müßte aggressiv werden, nicht aus Eroberungslust, sondern aus Notwendigkeit. Wir sehen aber, daß die deutsche Auswanderung, die noch vor dreißig Jahren über 200 000 Köpfe betrug, beinahe verschwunden ist. Die zahlreichen Auswanderer, die deutsche Häfen verlassen, sind bekanntlich keine Deutschen, sondern Russen, Polen, Ungarn und andere Fremde. Im Gegenteil, Deutschland hat für sein Land nicht Arme genug, trotz seiner wachsenden Bevölkerung: über 750 000 ländliche Arbeiter werden alljährlich vom Ausland herangezogen, um den deutschen Boden zu bestellen; von einer Überbevölkerung des Deutschen Reiches kann so wenig die Rede sein, wie von der Notwendigkeit einer Ausfuhr von Menschen, solange nur der Weltmarkt offen steht, um durch die Ausfuhr von Erzeugnissen des deutschen Gewerbfleißes die Nahrungsmittel zu bezahlen, welche zur Ernährung der deutschen Bevölkerung eingeführt werden müssen. Ein hervorragender englischer Volkswirt, Sir George Raiff, schreibt in einem mir eben zu Gesicht gelangenden Aufsatz in dem Londoner „Statist“, Großbritannien habe die Lebensmittel für zwei Drittel seiner Bevölkerung einzuführen, Deutschland für ein Drittel; dabei sind Güter wie Kolonialwaren, die im Lande nicht erzeugt werden können, miteingerechnet. Ganz richtig; zwei Drittel der Bevölkerung Großbritanniens sind rund 30 Millionen Menschen, ein Drittel der Bevölkerung des deutschen Reiches sind 21 bis 22 Millionen; das macht ein Verhältnis von drei zu zwei. Eben dieses Verhältnis besteht, beiläufig gesagt, auch zwischen den Flottenstärken der beiden Reiche.

Wenn nun die Aufgabe dieser Aufsätze kaum eine andere sein kann, als daß uns die Engländer die Berechtigung ihres Standpunktes erklären, und wir Deutsche die Berechtigung unseres Standpunktes und unserer Auffassung den Engländern, so ist es unsere Pflicht wie unser Interesse, hinzuweisen auf die Unrichtigkeit der von gewissen Organen der britischen Presse geflüstert und über die ganze Welt verbreiteten Behauptung, Deutschland sei die Macht, welche den Frieden bedrohe und dem Nachbar seinen Besitz mißgönne. Unsere Einrichtungen wie unsere Geschichte zeigen und beweisen das Gegenteil. Die allgemeine Wehrpflicht macht ein Volk friedliebend; Krieg bedeutet für jede Familie die denkbar schwersten persönlichen Opfer. Wer im Geiste den Vater, den Gatten, den Sohn und Bruder vor die feindlichen Kanonen gestellt erblickt, der wird vor solcher Eventualität und ihren Folgen zurückschrecken. Seit das neue deutsche Reich besteht, aber auch erst seitdem, ist in Europa kein Tropfen Blut vergossen worden. Nachdem das deutsche Volk seine Einheit in schweren Kämpfen erlangt hatte, hat Deutschland den Frieden gefördert und, allein unter sämtlichen Großmächten Europas, den Frieden auch gewahrt. Möge der Leser sich fragen, was in den letzten vierzig Jahren jede der anderen Nationen getan hat, auch speziell die Leute, die Deutschland als den Friedensstörer bezeichnen. An der Spitze eines Heeres von vier Millionen Menschen hat der deutsche Kaiser den Frieden gehalten, obgleich er die Macht zum Kriege besaß. Die „gepanzerte Faust“, um ein viel mißbrauchtes Zitat anzuführen, sollte nur derjenige fühlen, der Deutschland angreift und den Frieden stört. Wie war es aber in früheren Jahrhunderten? Ob die Schweden gegen die Katholiken suchten, ob Marlborough gegen Frankreich, oder Napoleon gegen die Russen: immer waren die deutschen Gauen das Schlachtfeld. Gegenüber den „stately homes of England“ haben wir fast nur Trümmer aufzuweisen; am Rhein krönt jeden Berg eine verbrannte Schlossruine. Nach dem dreißigjährigen Kriege war die Bevölkerung ganz Deutschlands einschließlich der Ostreicher auf fünf Millionen Köpfe gefallen, weniger als die Stadt London zählt! Wer wollte dem deutschen Volk und den deutschen Fürsten verargen, daß sie durch die allgemeine Wehrpflicht unter Preußens Führung die gewaltigste Kriegsmacht der Welt geschaffen haben, um der Wiederkehr solcher Zeiten vorzubeugen?

Die Kosten, welche das deutsche Volk jährlich für seine Rüstungen zu Wasser und zu Lande trägt, betragen 22 Mrd. auf den Kopf; der Brite bezahlt für die gleichen Zwecke

bekanntlich annähernd 30 Mrd. Daneben trägt Deutschland willig, schon seit einem Vierteljahrhundert, für die soziale Versicherung eine Last, die schon insgesamt die Ausgabe für das Meer übersteigt. Wie oft ist böswillig behauptet, und im Ausland auch in weiten Kreisen geglaubt worden, diese Lasten seien für das deutsche Volk zu schwer, die unerträgliche Schwere der Rüstung bedeute eine Gefahr für den Frieden. Nichts könnte verkehrter sein! Der Reichtum Englands ist allerdings viel größer als unser, erst in der Bildung begriffenes Volksvermögen. Aber auch die Steuerbelastung ist im Vereinigten Königreich eine höhere; sie beträgt z. B. auf Erbschaften, Tabak und Alkohol mehr als das Dreifache wie in Deutschland, obgleich wir ein Volk der Biertrinker und Raucher sind. Auf den Kopf der Bevölkerung ausgerechnet, also im Verhältnis von 45 Millionen Briten zu 65 Millionen Deutschen, steht der Vergleich noch weit mehr zu unseren Gunsten. Deutschland verzinst die gesamte Schuldenlast des Reiches und der Einzelstaaten von 20 Milliarden Mark aus den Reineinnahmen seiner Staatsbahnen usw. Weder Großbritannien noch Frankreich besitzen derartige werbende Staatsgüter. Ich führe dieses alles aber nur an, um mit wenigen Zahlen zu zeigen, daß das deutsche Volk mitnichten zu schwach ist, seine kostspielige Rüstung zu tragen, sich vielmehr diesen notwendigen „Luxus“ dauernd gestatten kann und auch die Rüstung mögfalls noch verstärken könnte, wenn nur dadurch der Frieden gesichert, der deutsche Welthandel geschützt und der deutsche Boden vor dem Schicksal bewahrt bleibt, das unsere Väter jahrhundertlang erdulden mußten.

Wenn die britische öffentliche Meinung sich von der Berechtigung des deutschen Standpunktes ebenso überzeugen könnte, wie die öffentliche Meinung in Deutschland von der Berechtigung des englischen Standpunktes überzeugt ist, so steht nichts im Wege, daß die beiden Völker sich freundschaftlich die Hand reichen; zwar als Konkurrenten auf dem Weltmarkt, aber in friedlichem, kulturförderndem Wettbewerb, jedes Volk zufrieden beschäftigt mit dem Ausbau der eigenen Wohlfahrt in unantastbarem Weltfrieden.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 13. Juli.

Seine königliche Hoheit der Großherzog traf heute nachmittag gegen 3 Uhr aus Schloß Eberstein hier ein. Nach der Ankunft empfing Seine königliche Hoheit den Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo zur Vortragserstattung und erteilte sodann einer Abordnung der Technischen Hochschule, bestehend aus dem Rektor Professor Benoit, dem Prorektor Geheimen Hofrat Dr. Städel und dem Professor Dr. Paulcke, Audienz. Später folgten die Vorträge des Staatsministers Dr. Freiherrn von Dusch, des Ministers Dr. Böhm und des Finanzministers Dr. Rheinboldt.

** Bei Ausfahrt des gestrigen Personenzugs 1573 in Titisee ist infolge vorzeitiger Weichenstellung der letzte Wagen entgleist und umgefallen. Zwei Reisende wurden leicht verletzt. Das Gleis war bis heute früh 5 Uhr gesperrt, der Verkehr wurde durch Umfahrungen aufrecht erhalten.

Schwezingen, 12. Juli. Der Bürgerausschuß der Gemeinde Hohenheim bewilligte 120 000 M. für die Kanalisierung der Straßen der Stadt.

Lahr, 12. Juli. Der Bürgerausschuß hat in seiner letzten Sitzung für die Erbauung einer Kaserne der Maschinengewehrkompanie des Infanterieregiments Nr. 169, einer Kaserne für die 1. Abteilung des Feldartillerieregiments Nr. 66 und eines Wagenhauses mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Summe von 1 526 000 M. bewilligt.

Schenckzell, 12. Juli. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Gruber wiedergewählt.

Emmendingen, 12. Juli. Bei den heutigen Bürgerausschuwahlen zur 1. Klasse wurden von der Liste der bürgerlichen Parteien (Nationalliberale und Zentrum) 16, von der Liste der Fortschritt. Volkspartei 8 Kandidaten gewählt. Der Bürgerausschuß setzt sich nun zusammen aus 42 Mitgliedern der bürgerlichen Parteien (Nationalliberale und Zentrum), 22 Fortschrittler und 8 Sozialdemokraten. Letztere Partei zieht um 3 Mann verstärkt in das städtische Parlament ein. Die 42 Mitglieder der bürgerlichen Parteien zerfallen in 28 Nationalliberale und 14 Zentrum.

Vörrach, 12. Juli. Bei den Gemeinderatswahlen in Weil wurden 6 Kandidaten der Vereinigten liberalen Parteien und 2 der sozialdemokratischen Partei gewählt.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. A. Mend in Karlsruhe.
Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Hôtel NATIONAL
Größter Komfort der Neuzeit
Park — Tennis
C.341 Deutsche Leitung.

Kriegsmarine-Ausstellung

in Karlsruhe

bis 4. August d. Js. im Kollschuhpalast, Eing. Gartenstr.

geöffnet von 10-1 und 2-10 Uhr abends, bis 21. Juli, nur bis 7 Uhr. Vertreten sind u. a. alle Kriegsschiffsklassen in prächtigen, künstlerisch ausgeführten Modellen, alle Seekriegswaffen in kriegsbrauchbarem Zustande (Torpedos, Seeminen, Schnellladefanonnen, Maschinenwaffen, Miesengeschosse usw.) auch, völkertkundliche Gegenstände aus den Kolonien usw.

Das Maschinengewehr wird im Schnellfeuer vorgeführt.

Eintrittspreis: 50 Pf., Kinder unter 10 Jahre 25 Pf., Arbeiter, Arbeiterinnen und Unterbeamte 25 Pf. (durch Vermittlung der Arbeitgeber bezw. vorgesetzten Behörden).

Täglich mehrere Führungen und Vorträge. Hauptvortrag 5 u. 9 Uhr (Sonntags auch 11 1/2 Uhr vorm.) durch Herrn Kapitänleutnant Wumm oder Herrn Kapitänleutnant Röpke über: „Verwendung und Wirkung der Seekriegswaffen in der modernen Seeschlacht“.

D.41

Es laßt ein:

Badischer Landesverband des Deutschen Flottenvereins.

Colosseums-Garten

Heute Samstag abend 8 Uhr:

Großes Militär-Konzert

gegeben von der Kapelle des

1. Bad. Leib-Grenadier-Regiments 109.

Eintritt 20 Pf. Kein Bierzuschlag. J. Ulmer, Traiteur.

Residenz-Theater

Waldstrasse 30

Spielplan

Samstag den 13., Sonntag den 14., Montag den 15. und Dienstag den 16. Juli 1912.

Das Drama auf dem Leuchtturm.
Sehnsucht nach der Heimat. Tonbild.
Die Geheimnisse der Meerestiefe. Wissenschaftliche Naturaufn. II. Serie. Erklärung auf dem Programm.
Die Zauberschere. Fantasie-Film.
Kinematographischer Tagesbericht. Aktuell.
Freiwillige Feuerwehr. Humoreske.
Getäuschte Liebe. Drama in 2 Akten.

D.65

Nordseebad Scheveningen

via Emmerich

Man verlange **Prospekt.**

C.668*

Elektr. Lotaninbad Nesselwang

im Allgäu, Bahnlinie Kempten-Reutte i. Tirol.

Herrliche Sommerfrische und Höhenluftkurort, 867 Meter über dem Meere. Marktflöhen Nesselwang, schön, staubfrei gelegen am Fuße der Alpspitze und des Edelsberges (1630 m), Bahnstation, Post, Telegraph, Telefon, Arzt und Apotheke, elektr. Beleuchtung und Hochdruckwasserleitung, Gelegenheit zum Fischen und Kahnfahren. Spezialkuren I. Ranges unter ärztl. Leitung mit großen Erfolgen unter Einfluß des Höhenklimas bei gicht. u. rheumat. Leiden, auch in veralteten Fällen, bei Neuralgien und nervösen Krankheiten, Neurasthenien, Schwächezuständen (Impotenz) und Lähmungen und Blutanomalien, Bleichsucht, Blutleere (Anaemie).

Prospekte und Auskunft gratis und franko durch den Badearzt Dr. Hötzel und durch den Besitzer des Bades Johann Röck, Brauereibesitzer zum Bären.

D.000



Nordsee-Fahrten

der **Hamburg-Amerika Linie**

Seebäder u. Riviera-Dienst
Hamburg 4. St. Pauli Landungsbrücken.

Direkte Fahrten Hamburg-Helgoland-Borkum. D.30
Vertr.: Karl Morlock, Karl-Friedrichstr. 26 u. Verkehrsverein.
Sonderzug nach Hamburg und den Nordseebädern am 7. Juli

Wir bitten um gefällige Besichtigung

unseres grossen Lagers

Streng reelle Bedienung
„nur gute Qualitäten“

Ergebnst. C.972

Holz & Weglein

Möbel-Etablissement Kaiserstr. 109

Ein unverbindlicher Besuch der Ausstellungs-räume der

Hofmöbelfabrik J.L. Distelhorst

in Karlsruhe, Waldstr. 30/32

bietet einen Überblick über die ungewöhnlich reichhaltige Auswahl geschmackvoller **Wohnungs-Einrichtungen** in den verschiedensten Preislagen

Die Hofmöbelfabrik J.L. Distelhorst

liefert auch einfache aber gediegene Möbel und leistet weitgehendste **Garantie für erstklassige Arbeit.**

C.930

Carl Metz

Feuerwehr-gerätekabik Karlsruhe i. B. Gegründet 1842 in Heidelberg

Mechanische Leitern | Hydrantenausrüstung
Feuerspritzen | Mannschaftsausrüstung

Weltausstellung Brüssel 1910: „Goldene Medaille“ höchste Auszeichnung.

4% Pfandbriefe Serie II und III und 4 1/2% Pfandbriefe der Pester Ungarischen Commercial-Bank, Budapest.

Die am 1. August 1912 fälligen Zinskupons obiger Pfandbriefe sowie die verlostten Stücke werden vom Fälligkeitstage ab zum Kurse für kurz Wien

in Berlin: bei der Nationalbank für Deutschland,
in Frankfurt a. M.: bei den Herren Gebr. Bethmann,
in Hannover: bei den Herren Ephraim Meyer & Sohn,
in Karlsruhe: bei Herrn Veit L. Homburger

wertkürlich in den Vormittagsstunden eingelöst.

D.64

Budapest, im Juli 1912.
Pester Ungarische Commercial-Bank.

August Pfützner

Karlsruhe-Rüppurr
2 Langestraße — Langestraße 2

Dampf-Waschanstalt

Neu erbaute, modern eingerichtete Anstalt.
Gutgeschultes Personal. Persönliche Leitung
Individuelle Behandlung der Wäsche. Rasenbleiche.

Spezial-Abteilung
für chem. Reinigung und
Kunstwäscherei

Gegründet 1875. **Telephon 1447.** 50 Angestellte.

D.5

Oberrheinische Versicherungs-Gesellschaft

in Mannheim.

C.936

Für Gartenfreunde!

In günstig gel. Stadt Mittelbadens mit Kirchen u. Schulen beider christl. Konfessionen, auch Mittelschulen für Söhne u. Töchter, haben wir den Verkauf eines mit allem der Neuzeit angepaßten baulichen Komfort ausgestatteten Landhauses mit einem 18 Ar umfassenden Obst- und Gemüsegarten gegen eine Anzahlung von M. 15 000.— zu vermitteln u. je nach Wahl des Herrn Käufers an jedem beliebigen Zeitabschnitt zu übernehmen. Das im Villenstil massiv erbaute Landhaus in dominierender, vollständig staubfreier Lage, von allen Seiten auf je 30 Meter Entfernung freistehend, ohne geräuschvolle Gewerbebetriebe benachbart, enthält im ganzen 7 Räume, nach allen Seiten freie Aussicht bietende Zimmer, mit Bad- und Dienstbotenzimmer, Waschküche, Gas- u. Wasserleitung, Schopf mit kleiner Werkstatt, Geflügelstallungen, Hühnerhof u. Laubenschlag. — Der Garten ist mit 120 trockbaren Edelobstbäumen angelegt, der einen reichen Ertrag abwirft. — Zahlreiche Rohrverbindungen nach allen Richtungen mit den nahesten Großstädten u. Kurorten aller Art. — Kostenfreie u. ausführliche Auskunft auf Wunsch auch mit Photographie, erteilt das Städt. Gesch. u. Vpp.-Berm.-Institut, Stuttgart, Mollestr. Nr. 20. B.960

Leichtverdauliche Nahrung

ist den meisten Menschen im Sommer ein Bedürfnis, während Fleischspeisen zurücktreten

Ausgezeichnete, blutbildende Nahrungsmittel,

wie: Gebirgshäfer-Flocken, -Grüße, -Grieß — Weibertreuflocken — Maisgrieß — Grün- kernflocken — Buchweizen-Grüße und -Mehl — Naturreis — Weizenschrot — Bananemehl — Nährsalz -Nudeln und -Maccaroni — **Sanitas-Malzbröt** in allen Sorten — Nährsalz-Kaffee, -Tee in div. Sorten, feinste Reformbutter (Wfz.-Marg.), Obstfäfte, Marmeladen — Süßfrüchte — Nüsse — Ia Oliven- und -Nuß-Öl — u. c. c.

kaufen Sie im D.59

Reformhaus Neubert, Kaiserstr. 122, Fil.: Kaiserstr. 87

Begr. 1869



Biologische Abwasser-Kläranlagen.

Einrichtung von Kurbädern, Krankenhäusern. — Warmwasser-Bereitungs- und Heizungs-Anlagen —

Emil Schmidt & Cons., Ingenieure.



Rabatt

Anfang Januar 1913 werden

Mk. 5000.—

auf sämtl. im Jahre 1912 ausgegebenen

grauen Gutscheine

verteilt.

Die Chancen erhöhen sich mit der Anzahl der erhaltenen Gutscheine.

Man wolle deshalb **Rabatt zurückweisen** und D.51 **nur Rabattmarken** des Rabattparvereins Karlsruhe annehmen

Stadtgarten-Theater

Karlsruhe,
Sonntag den 14. Juli 1912

Wiener Blut.

Operette in 3 Akten von
Johann Strauß.
Kasseneröffnung 1/8 Uhr.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Der beste und gesündeste Sport für Jung u. Alt ist u. bleibt das **Schwimmen** wovon man sich täglich im **Friedrichsbad** überzeugen kann. C.920

1 Karte 10 Karten
M. 40 M. 3.—
100 Karten
M. 30.—

Im Lebensbedürfnisverein einzeln zu 30 Pf. Das **Sonnenbad** steht mit der Schwimmhalle in Verbindung.

Betanntmachung.

Zur Herstellung des Anschlusses von Zug 1280 an Zug 737 in Raftatt treten **ab Montag den 15. Juli** folgende Fahrplanänderungen ein:

Zug 1280 Forbach ab 5:45 vorm., Raftatt an 7:00.
Zug 1279 Raftatt ab 5:24 vorm., Forbach an 7:25.
Zug 1281 F Karlsruhe ab 6:10 vorm., Forbach an 7:45.
Der Fahrplan liegt auf den Stationen auf. B.388
Karlsruhe, 13. Juli 1912.
Großh. Betriebsinspektion.

12